

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
16. März 1917

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Jettin (Zunder), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Was not tut. — Die Frauen und die Presse. Von B. Sollmann. —
Die Auseinandersetzung in der Sozialdemokratie. — Berichtigung.
— Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Eine Rundgebung
der Hamburger Genossinnen für die grundsätzliche Haltung der
„Gleichheit“ und gegen die Maßregelung der Genossin Zieg. —
Protest gegen den Gewaltakt des Parteivorstandes. — Eine Ver-
trauensrunde des Zentralvorstandes des Schweizerischen Ar-
beiterverbandes für die „Gleichheit“. — Gewerkschaftliche Rund-
schau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizenteil: Für den Frieden. — Frauenarbeit. — Soziale Gesetz-
gebung. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Was not tut.

Ein immer höher steigendes Blut- und Jammermeer scheint das Fünkchen Friedenshoffnung ausgelöscht zu haben, das sich an den Erklärungen der Mittelmächterregierungen und namentlich an Wilsons Botschaft entzündet hatte. Wenigstens für die Träger und Pfleger des beschränkten Untertanenverständnisses, der in „gottgewollter Abhängigkeit“ von den jeweiligen Regierungen in dieser die Spender alles Heils segnet, wie er sie allein hinter sorgsam verschlossenen Türen wegen alles politischen und sozialen Unheils verflucht. Tatsächlich scheint der Friedensstern entschundenem Glück gleich nur noch in ungemessenen Fernen matt zu schimmern: kalt, weit, unerreichbar — wenn es wirklich wahr wäre, daß das Ende des rasenden Weltkriegs ausschließlich das Werk der Regierungen sein müßte. Denn was ist die Frucht aller tönenden Versicherungen der kriegführenden Regierungen, daß sie zum Frieden bereit seien, wenn, ja wenn?...

Es droht eine Erweiterung des Kriegsgebiets über den Ozean hinüber und ein Aufmarsch neuer gewaltiger Schlachtenheere; die Verschärfung der Kriegführung ist Tatsache geworden; das Leben der kriegführenden Staaten konzentriert sich in den Vorbereitungen zu weiterer, unerhörter Massenvernichtung zu Land, zu Wasser und in der Luft; die neutralen Länder rüsten fieberhaft, sei es, ihre Neutralität zu wahren, sei es, um eines Tages selbst am imperialistischen Ringen teilzunehmen. England hat seine Blockade gegen die Mittelmächte ausgedehnt; das Deutsche Reich ist zum verschärften, hemmungslosen Unterseebootkrieg übergegangen; die Vereinigten Staaten haben als Antwort darauf die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen; die neutralen Staaten Europas und Südamerikas sind mit mehr oder minder scharfen Protesten gegen das deutsche Vorgehen aufgetreten.

Wird es zum Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland kommen? Wird noch dieser oder jener andere neutrale Staat in den höllischen Abgrund der imperialistischen Auseinandersetzung um Weltmacht und Weltherrschaft gerissen werden? Das sind die Fragen, die die Gemüter leidenschaftlich bewegen. Die Völker aber entbehren, darben, bluten, sterben. Fast stumm, fast hoffnungslos, so könnte man wähnen.

In den wichtigsten kriegführenden Staaten, in Deutschland, Frankreich und England — wenn wir dort von der Unabhängigen Arbeiterpartei absehen — hat die Sozialdemokratie als tatbereite Hüterin des Friedens, als entschlossene Kämpferin für die

Beendigung des brudermörderischen Ringens der Völker kläglich versagt. Ihr Bankrott ist noch weiter gegangen. Sie hat Tatbereitschaft und Entschlossenheit in den Dienst des Imperialismus gestellt, indem sie ihm die Massen im Namen der politischen Ideale des Nationalismus zuführte, denen die kapitalistische Entwicklung in den ausschlaggebenden Ländern bereits den Boden unter den Füßen entzogen hat. Ist der die Welt mit Leichen und Ruinen übersäende Krieg nicht der katastrophale Beweis dafür, daß der Kapitalismus in den einzelnen großen Ländern des Macht- und Ausbeutungsgebiets eines „größeren Vaterlands“ bedarf, daß er über die Schranken des Nationalstaates hinaus, über Gebirge und Meere hinweg nach erweiterten Herrschaftssphären greift?

Wie langsam doch hinkt die Idee hinter der Wirklichkeit her, das Verständnis hinter den Tatsachen! Sozialdemokraten opfern die Zukunft der Vergangenheit, eine Zukunft, in der erst international voll erblühen und reifen kann, was national lebenskräftig und entwicklungsfruchtbar ist. In Frankreich hat die offizielle sozialistische Partei sich nicht zum Protest gegen die Haltung der Regierung und das Manifest der Entente erhoben, gegen diese unklugen politischen Drohungen mit künftigen militärischen Siegen als Antwort auf unkluges politisches Pochen auf errungene militärische Siege. Mitglieder der Arbeiterpartei gehören in England der Regierung an, die die Blockade erweitert und die Fortsetzung des Krieges bis zur Zerschmetterung der Gegner predigt. Die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion des Deutschen Reichstags hat den verschärften Unterseebootkrieg nicht mit der gebotenen größten Energie zurückgewiesen und fünfzehn Milliarden neuer Kriegskredite bewilligt. Trotz der veränderten und klaren Lage mit der gleichen Begründung wie am 4. August 1914 und nach dem Vorbild der Regierung und der bürgerlichen Parteien das himmelblaue Band der Hoffnung flattern lassend, die rücksichtslose Kriegführung und der Wille zum Durchhalten bis zum Siege würden das Kriegsende beschleunigen!

Das Unheil tobt weiter, droht weiter zu toben bis zur Blutleere, bis zur Erschöpfung der Kriegführenden, bis zur Vernichtung, langen Lahmlegung der Kräfte, die der Fortentwicklung der Kultur dienen sollten. Die Völker entbehren, darben, bluten und sterben. Fast stumm, fast hoffnungslos, so könnte man wähnen. Aber unter der Oberfläche glüht heiß und heißer die Sehnsucht, das Bedürfnis nach Frieden.

Was tut not, damit das Friedenswünschen zum Feuer von vulkanischer Kraft werde? Das ruhmreiche Beispiel unbeugsamer sozialistischer Grundsatzfestigkeit, das die Unabhängige Arbeiterpartei in England, die italienische, serbische und fast die ganze russische Sozialdemokratie gegeben haben, muß in allen kriegführenden Ländern Nachahmung finden. Das Banner des internationalen Sozialismus, das Liebknecht in Deutschland, das Blanc, Brizon und Rassin-Dugens in Frankreich zuerst rein, unbesleckt erhoben haben, muß zum Sammelpunkt aller Sozialisten werden, die sich grundsätzlich in Opposition gegen die nationalistische Kriegspolitik der Mehrheit erheben. Von den Lehren der Gegenwart genährt, von

den Verheißungen der Zukunft beseuert muß die gesammelte Opposition mit aller Entschiedenheit, ohne fesselnde Nach-, Rück- und Vorbehalten eine Politik der schärfsten, unmißverständlichsten sozialistischen Grundsätze treiben. Nur eine solche Opposition kann die verwirrten Massen zur Selbstbesinnung und Klarheit zurückrufen, kann das Vertrauen der schwer enttäuschten Massen gewinnen.

An den Massen selbst aber liegt es, sich im Kampfe für den Frieden eine starke, zielbewußte Führung zu schaffen. Die Völker müssen von duldbender Schwäche zu handelnder Kraft emporsteigen, aus bewegten zu bewegenden Mächten werden. Sie dürfen nicht warten, bis die Führenden rufen und erlauben; ihr Recht und ihre Pflicht ist es, diese zu drängen und vorwärts zu treiben. Nicht hoffen und harren, daß irgendeine „Instanz“ die Fanfare zum Kampf für den Frieden bläst, selbst den Frieden fordern, selbst in den Kampf dafür treten, das ist die Losung der Zeit. Für jeden einzelnen, für jede einzelne, deren Blick schauernd über die Schlachtfelder streift, deren Herz sich beim Anblick der Leichenhügel, der Ruinen, der zertrümmerten und geschändeten Ideale zusammenkrampft. Selbst ist der Mann, selbst ist die Frau! Diese Überzeugung muß den Acheron bewegen, der die Welt von Blut und Schmutz reinigt. Der März erinnert uns daran, daß im Gegensatz zum aufziehenden Weltkrieg 1914 die geschichtliche Stunde 1871 in Frankreich ein großes Geschlecht gefunden hat, das kämpfend unterliegend doch die Republik rettete. Arbeiten wir, daß die Stunde des Friedens nicht durch ein kleines Geschlecht verzögert werde.

Die Frauen und die Presse.

Schon in den letzten Jahren vor dem Kriege haben einige bürgerliche Parteien den Frauen ein größeres politisches Tätigkeitsfeld zu öffnen begonnen. Selbst das Zentrum, das neben den Konservativen am zähesten bestrebt war, die Frauen vom sogenannten öffentlichen Leben fernzuhalten, sah schließlich Frauen in seinen öffentlichen Versammlungen gern und zog sie im Wahlkampf 1912 zum erstenmal in größerem Maßstab zur Wahlarbeit heran. Von der Gewährung entsprechender Rechte an die Frauen in den Organisationen der Zentrums- und Sozialdemokratischen Partei hörte man freilich nichts. Wesentlich weiter gingen mancherorts die Liberalen. Sie begründeten liberale Frauengruppen in ihren Parteiorganisationen und begannen die Damen, denn um solche handelte es sich, politisch zu schulen. Daß die umwälzenden Wirkungen des jahrelangen Weltkriegs die Politisierung der Frauen beschleunigen werden, scheint gewiß. Es ist bemerkenswert, daß auch bürgerliche Politiker mit der veränderten Einschätzung der Frau zu rechnen beginnen, die eine Folge der größeren wirtschaftlichen Bedeutung der Frauenarbeit ist. Die „Kölnische Zeitung“ (Nr. 1307), bekanntlich eines der bedeutendsten liberalen Blätter Deutschlands, geht sogar so weit, die alten Behauptungen von der Minderwertigkeit der Frauen als überwunden beiseite zu schieben. Sie schreibt:

„Unter all den säuberlich aufgebauten Theorien, die der scharfe Bissen des Krieges rücksichtslos auf den Scherbenhaufen gesetzt hat, war unter anderem auch ein dickes Bündel über das, was Frauen begreifen, leisten und schaffen können. Ein dickes Bündel von Anschauungen und Überlieferungen, von denen viele vermutlich noch lange am Leben geblieben wären. Einfach nur aus dem Grunde, daß es möglich war, in großem Maßstab den Gegenbeweis zu führen. Wo es um Leben und Ehre geht, können Theorien nicht erst lange gefragt werden. Die Nation brauchte von heute auf morgen all ihre Kräfte, brauchte die äußerste Anspannung, die restlose Ausnutzung aller irgend verfügbaren Kräfte. Kein Mensch konnte mehr lange fragen: Mann oder Weib? Die Arbeit war da und mußte getan werden. Und siehe da: Der gesuchte Gegenbeweis in großem, ja in größtem Maßstab war da. Von heute auf morgen, ohne erleichternde Vorbereitung oder Übergangszeit, mußten die Frauen in den Sattel, mit oder ohne Theorien — und einmal im Sattel, konnten sie auch reiten! Wo es ihnen schwer wurde, wo es etwa zu Anfang nicht klappte, lag es, wie sich zeigte,

nicht an der mangelnden Befähigung, sondern an der mangelnden Schulung, also an etwas, das von Haus aus weder männlich noch weiblich und willkürlich zu verbessern ist.“

Das Blatt des liberalen Großbürgertums stellt ferner nachdrücklich fest, daß von den neuen Arbeitsleistungen der Frau keineswegs das Heinesche Wort gelte: „Aber fragt mich nur nicht wie“, sondern: „Die ernsthaften Berichte aus den verschiedenartigsten Betrieben lauten durchweg dahin, daß von den Frauen genau das gleiche verlangt wird wie von den Männern, und daß sie sich durchaus bewähren, was um so höher zu veranschlagen ist, als ein außerordentlich großer Teil dieser Frauen doch sozusagen von heute auf morgen, ohne oder mit der denkbar kürzesten Lernzeit einspringen mußte. . . . Der Befähigungsnachweis ist in großem Stile erbracht.“

Das sind Feststellungen, die für unseren Kampf um die politische Gleichberechtigung der Frau kräftig ausgenützt zu werden verdienen. Die liberale „Kölnische Zeitung“ läßt ihrem theoretischen Umlernen auch sofort praktische Taten folgen. Sie sieht die schwierigen, vielgestaltigen Probleme, die aus dem Hineinziehen von neuen Millionen Frauen und Mädchen in das Erwerbsleben entstanden sind, und fordert die Frauen zu verstärkter Mitarbeit in der Presse auf. Das große bürgerliche Blatt wird in Zukunft wöchentlich mindestens einmal einen breiten Raum ausschließlich den Fraueninteressen gewähren. Das ist nicht allzuviel, aber als Zeichen der Zeit beachtenswert, auch für die sozialdemokratische Presse.

Die bisher nur von kärglichen Erfolgen belohnten Bemühungen, die erwerbstätigen Frauen und Mädchen politisch und gewerkschaftlich zu organisieren, können durch die Art der Behandlung der Fraueninteressen in der Tagespresse stark gefördert oder, je nachdem, auch gehindert werden. Das Bestreben, sich der vielerlei besonderen Forderungen und Sorgen der Frauen mit dem notwendigen Eifer anzunehmen, hat einigen Parteiblättern während des Krieges die Treue der Leserinnen auch bei erhöhten Bezugspreisen erhalten. Nur selten bestellte bei solchen Parteizeitungen eine Frau ab, „weil mein Mann eingezogen ist und das Blatt für mich keinen Wert mehr hat“. Es kann nicht ganz zufällig sein, daß andere Parteiblätter, selbst bei stark vermindertem Bezugspreis, die Frauen nicht zu halten vermochten. In einer Zeit mit so außerordentlich gesteigerter Bedeutung des Frauenlebens und Frauenwirkens muß es sich rächen, wenn diese Tatsache in den Spalten einer Zeitung nicht genug berücksichtigt wird.

Über den Ausbau unserer Parteipresse nach dem Kriege wird viel geschrieben und geredet, meist von Männern. Es werden bestimmt auch nach dem Kriege sehr wichtige Gebiete nicht genügend berücksichtigt werden, wenn nicht die Frauen stärkeren Einfluß auf die sozialdemokratische Presse gewinnen als bisher. Gegen den guten Willen der Redaktionen, die Frauenbewegung zu fördern und den Fraueninteressen zu dienen, sei damit nichts gesagt. Hatten wir doch schon vor dem Kriege in der Parteipresse da und dort besondere „Frauenbeilagen“. Solche Beilagen, in die man von Zeit zu Zeit alles zusammenkehrt, von dem man glaubt, daß es die Frauen „interessieren“ könnte, sind jedoch nicht entscheidend für die zweckmäßige Behandlung der Frauenprobleme vom sozialdemokratischen Standpunkt aus. Vielleicht ist es sogar empfehlenswerter, diese Probleme im allgemeinen Teile der Zeitung zu bearbeiten, weil sonst gar so viele Männer glauben, die Spalte „Für unsere Frauen“ ginge sie nicht das geringste an. Notwendig ist aber, daß die Männer ebenfalls über die Frauenfrage unterrichtet werden.

Selbst ein Blatt wie die „Kölnische Zeitung“ scheint zu fühlen, daß ihre Redaktion der weiblichen Mitwirkung in stärkerem Maße bedarf, da sie sich mit einem Aufruf zur Mitarbeit an die Frauen wendet. Den allermeisten proletarischen Frauen wird es aus naheliegenden Gründen unmöglich sein, sich schriftstellerisch für ihr Parteiblatt zu betätigen, obwohl man aus Erfahrung hinzusetzen muß, daß von schlichten Arbeiterfrauen mitunter recht brauchbare Bei-

träge zu erlangen sind. Auf jeden Fall können jedoch Arbeiterfrauen aus ihrem eigenen Erleben heraus durch Anregung und Kritik dem Parteiblatt nützen, nicht zuletzt aber durch eine geschickte Vertretung in der Preßkommission. Nicht darauf kommt es an, daß „eine Frau“ in die Preßkommission gewählt wird, nein, die beste, die klügste und erfahrenste Genossin gehört in den Ausschuß, der über die Haltung des Parteiblattes auch in Frauenfragen zu befinden hat. Die durch den Krieg hervorgerufenen Umwälzungen des Frauenlebens werden nach Friedensschluß zu lebhaften Bewegungen führen, die entsprechenden Widerhall in der Tagespresse finden müssen. Unsere sozialdemokratische Presse muß dabei die Führung behalten. Daß dies geschehe, dafür haben vor allem die sozialdemokratischen Frauen Sorge zu tragen.

W. Sollmann.

Die Auseinandersetzung in der Sozialdemokratie.

Die Auseinandersetzung in der Sozialdemokratie steht weiter im Zeichen der brutalen Gewaltpolitik des Parteivorstands und der Mehrheitsanhänger. Für diese Politik geht es nicht um die Klärung der Meinungen, sondern um Macht, Herrschaft, die Überzeugung der Oppositionellen nicht Bekenntnis und Tat werden zu lassen. Sie treibt eine Umwertung der politischen und moralischen Werte, wie sie rücksichtslos kaum möglich ist. Grundsätze, Begriffe, Worte: alles hat seinen alten, geschichtlich geprägten Sinn verloren und wird mit einem neuen Inhalt gefüllt, den eine nationalsoziale Auffassung der Dinge und Ereignisse diktiert. Die Methoden statutenwidrigen Vorgehens der sozialistischen Kriegspolitik haben wir bereits in letzter Nummer gezeigt.

Die höchste Staffel des Regiments der starken Faust hat seither der Parteivorstand mit dem Hinauswurf des Genossen Wengels und der Genossin Zieg erreicht. Ein nackter Gewaltschlag, ohne jede demokratische Farce. Der Parteivorstand suchte sein Vorgehen durch eine Erklärung zu rechtfertigen, in der er die beiden hochverdienten Kämpfer für die Sache des Proletariats anklagt, ihre „Stellungnahme zu den Streitfragen innerhalb der Partei habe seine Arbeit seit langer Zeit wesentlich erschwert“. Als Beweis dafür führt er an: „Gegen den Aufruf des Parteivorstands vom 22. Januar 1917 haben die Genannten sich öffentlich in der Presse erklärt.“ Sie haben sich des weiteren nicht dem körperschaftlichen Beschluß gefügt, im Prozeß der „Vorwärts“-Redakteure einen Rechtsanwalt mit der Vertretung des gesamten Parteivorstands zu betrauen, „sie bestellten für sich einen besonderen Anwalt, der sie im Sinne der Kläger gegen den Parteivorstand vertritt...“. Beide stellen sich auf den Boden der Arbeitsgemeinschaft und gehören Organisationen an, die der sozialdemokratischen Partei nicht angeschlossen sind.“

Genosse Wengels und Genossin Zieg haben treffend gesagt, was auf den Hinauswurf und seinen Beschönigungsversuch zu antworten ist. Sie erklären: „Unser Amt beruht auf dem Willen des Parteitag, der obersten Instanz der Gesamtpartei, und kann uns von niemand anderem wie dem Parteitag entzogen werden. Das Vorgehen der Parteivorstandsmitglieder gegen den „Vorwärts“ und dessen Redakteure war in Wahrheit nicht nur ein Bruch des Parteistatuts, sondern auch eine unerhörte Gewaltmaßregel... Ein Gewissenszwang schlimmster Art, eine Unterdrückung der Meinungsfreiheit und Überzeugungsstreue, eine Verleitung zur Unwahrhaftigkeit ist es, von uns zu verlangen, im Sinne der Vorstandsmehrheit unsere Erklärung vor Gericht abzugeben. Wir müßten jeder Selbstachtung bar sein, hätten wir uns diesem Ansinnen gefügt. Die Vorstandsmehrheit hat ferner den unweigerlichen Entschluß gefaßt: Organisationen, die ihr nicht zu Willen sind, aus der Partei auszuschließen und Sonderorganisationen zu bilden, unbekümmert darum, daß sie damit die vom Parteitag beschlossene Verfassung der Partei zersetzen. Dadurch wird die Parteieinheit zerstört und ein Werk vernichtet, an dessen Aufbau wir mit unserer besten Kraft gearbeitet haben.“

Für die Genossinnen hat die Willkür des Parteivorstands ihre besondere Bedeutung. Sie hat die Genossinnen ihrer langjährigen, unermüdbaren Vertreterin in der Parteileitung beraubt. Das besagt über die brutale Maßregelung der Genossin Zieg hinaus eine nicht weniger brutale Zertrümmerung des Rechts der Genossinnen auf eine Vertretung im Parteivorstand. Die Verfassung der Sozialdemokratie erklärt ausdrücklich, daß sich unter den Beisitzern dieser Körperschaft eine Vertreterin der Genossinnen befinden muß.

Eine Vertreterin, die vom Parteitag zu wählen ist und weder von der Gnade des Parteivorstands ernannt, noch von seiner Ungnade abgesetzt werden darf. Wir schätzen unsere Genossinnen hoch genug ein, daß sie Maßregelung und Rechtsverleugnung nicht schweigend hinnehmen werden. Sich geschlossen zum Protest zu erheben, ist für sie eine dreifache Pflicht. Eine Ehrenpflicht gegen ihr gutes, wohl-erkämpftes und verbrieftes Recht, das jeder Parteitag geachtet hat. Eine Dankeschuld gegen Genossin Zieg, die seit langen Jahren ihre Begabung, Energie und Hingabe für die Förderung der proletarischen Frauenbewegung eingesetzt hat, die Tausenden zur Erwerberin, Beraterin, Sachwalterin und Führerin geworden ist. Eine Treupflicht gegen den internationalen Sozialismus, dessen Grundsätze den nationalistischen Auffassungen der Mehrheitspolitiker nicht geopfert zu haben, Genossin Zieg's Verbrechen ist. Die Genossinnen in Hamburg und Berlin sind mit gutem Beispiel vorgegangen, das hoffentlich allerwärts Nachahmung finden wird.

Eines weiteren Rechtsbruchs haben sich die Mehrheitsanhänger in Königsberg schuldig gemacht. Dort hatte sich die Generalversammlung der Parteiorganisation nach Referaten der Genossen Braun und Haase mit 837 gegen 110 Stimmen für die Opposition erklärt. Die Minderheit hat daraufhin eine Sonderorganisation gegründet, die sich des Parteiorgans bemächtigte, in dem es Redaktions- und Richtungswechsel gab. Welches Mäntelchen dem Streich umgehängt wird, wissen wir noch nicht.

Die Auseinandersetzung in der Partei hat dem Wahlkampf im elften Berliner Landtagswahlkreis das Gepräge gegeben. Bekanntlich handelt es sich in diesem Kreise um die Nachfolge des Genossen Liebknecht, der seine mannhaft bekundete Treue gegen den internationalen Sozialismus mit Jahren des Zuchthauses und des Verlustes bürgerlicher Ehrenrechte büßt. Für jeden, der sozialdemokratische Grundsätze nicht zum Kinderspott machen will, der Empfindung für die Würde und Selbstachtung des Proletariats besitzt, war es selbstverständliches Anstandsgebot, dafür zu wirken, daß das erledigte Mandat einem Manne übertragen würde, der wie der Ehrenzuchthäusler Liebknecht im Geiste des internationalen Sozialismus denkt und handelt. Diese Wahl mußte ein Protest werden gegen den Weltkrieg und alles, was im Zusammenhang damit gegen das Wesen des Sozialismus verstößt, was es entstellt und bittelt. Ohne Unterschied der Richtung war die Opposition einig darin, daß im Wahlkampf Genosse Mehring unser Banner vorantreiben solle, Genosse Mehring, der dem Sozialismus Jahrzehnte reichsten Lebens, Bienenfleißiger, glänzender Arbeit gewidmet hat, und der soeben um seiner Überzeugung willen die Härten der Schutzhaft erduldet hatte.

In diesem ganz besonderen Falle erwiesen die Mehrheitsanhänger die Konsequenz der Schamlosigkeit, einen Gegenkandidaten aufzustellen. Als Nachfolger des Verurteilten sollte in den Landtag ein Mann einziehen, der die sozialdemokratische Bankrottopolitik rechtfertigt und unterstützt, die Liebknechts Verbannung ins Zuchthaus möglich gemacht hat! Natürlich ohne Rücksicht auf den Burgfrieden, der gegen bürgerliche Parteien peinlich respektiert wird. Ebenso natürlich aber auch mit bürgerlicher Unterstützung. Die Fortschrittliche Volkspartei kam den Umlernern durch die Aufstellung eines eigenen Kandidaten zu Hilfe und tat noch mehr. Ihre Zeitung forderte in der „Freisinnigen Zeitung“ die Wähler auf, in Bezirken, wo keine fortschrittlichen Wahlmännerkandidaten aufgestellt seien, für die Kandidaten der sozialdemokratischen Kreditbewilliger zu stimmen. Trotz dieser Unterstützung und obgleich die Opposition weder über bedeutende Mittel noch einen Schleppapparat verfügte, haben die Mehrheitsanhänger kläglich abgeschnitten. Von 268 Wahlmännern vertreten 218 die Kandidatur Mehring, für die Fortschrittlichen wurden nur 25, für die Umlerner noch weniger Wahlmänner gewählt. Bei öffentlicher Stimmabgabe! Noch ist damit die Entscheidung nicht gefallen. Sie steht bei den 860 alten Wahlmännern, deren Mandat weiter gilt. Hoffen wir, daß ihrer Mehrheit noch nicht das Gefühl für politische und persönliche Ehre, für sozialistisches Bekenntnis und Tun verloren gegangen ist. Doch wie dem sei: Unter den vorliegenden Umständen war der 21. Februar ein Ehrentag des Berliner Proletariats.

Berichtigung. In dem Artikel der letzten Nummer: Eine Friedenskundgebung englischer Proletarierinnen ist uns ein sehr peinliches Versehen unterlaufen, das wir erst entdeckten, als es zu spät war. Kopf und Herz von der Freude über die prächtige Haltung der englischen Genossinnen erfüllt, die in Salford getagt hatten, haben wir uns verschrieben und damit auch den Kongreß der englischen Arbeiterpartei nach Salford verlegt. Dieser ist jedoch in Manchester abgehalten worden. Unsere Leserinnen werden das aus der Tagespresse wissen und den Lapsus korrigiert haben.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Die Bezirksleitung vom Niederrhein hatte 14 Frauenversammlungen einberufen, in denen Genossin Wurm-Berlin referieren sollte über „Die Stellung der Frau vor, während und nach dem Kriege“. An einigen Orten war die Genehmigung ohne Angabe von Gründen versagt worden, in anderen konnten die Versammlungen nicht stattfinden aus Licht- und Kohlenmangel, so daß leider insgesamt nur vier abgehalten werden konnten, davon zwei im Kreise Mörz, eine in Remscheid und eine in Lüdenscheid. Sie waren recht gut besucht. In großen Zügen schilderte die Rednerin die Umwandlung in Leben und Stellung der Frau seit dem Aufkommen des maschinell-kapitalistischen Zeitalters. In Deutschland war es gerade die Fabrikindustrie am Niederrhein, die sich zuerst in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts durch Ausbeutung weiblicher und kindlicher Arbeitskraft auszeichnete. Die Übergangszeit aus der Engherzigkeit der eigenen vier Wände in die außerhäusliche Berufsarbeit war mühselig und dornenboll. Bis zur letzten Berufs- und Gewerbebeziehung im Jahre 1907 war nur wenig über ein Viertel aller weiblichen Personen in den Produktionsprozeß hineingezwungen. Der Krieg hat die Zahl der ertwerbstätigen Frauen ungeheuer vermehrt. Genaue Zahlen lassen sich nicht angeben, da die hierfür einzig zuverlässige Quelle, die Krankentassenstatistik, nicht alle ertwerbstätigen weiblichen Personen erfaßt. Nach dem Reichsarbeitsblatt berichteten am 1. Januar 1917 6528 Krankentassen von 4477078 männlichen und 4315519 weiblichen Pflichtmitgliedern. Danach steht die Zahl der ertwerbstätigen Frauen nur noch wenig hinter der der Männer zurück. Soweit Urteile über die Leistungen der Frauen vorliegen, sind sie zu meist anerkennernder Art. Es wird ihr rasches Einordnen in den Arbeitsprozeß, ihre Handfertigkeit, ihre Ausdauer und Gewissenhaftigkeit hervorgehoben. Diese Anerkennung hat leider nicht dazu geführt, der Frau bei gleicher Leistung auch den gleichen Lohn wie dem Manne zu sichern. Während des Krieges herrscht die vor dem Kriege übliche Auffassung: die Frau ist nicht Erhalterin der Familie, sondern nur Zuhilfenahmerin. Diese für den Unternehmer sehr nützliche Auffassung kann mit Aussicht auf Erfolg nur bekämpft werden durch Aufklärung der Frauen. Die Gewerkschaften haben sich bis heute leider zumeist damit begnügt, die Tatsache der Unterentlohnung festzustellen. Es hat reichlich lang gedauert, ehe die Verbände auf die Zunahme der Frauenarbeit seit dem Kriege und der Gefahr der Lohnrückerei durch die Unterentlohnung der Frau aufmerksam wurden.

Aber die Wirkung der Frauenerwerbsarbeit auf die Gesundheit der Frau und die Nachkommenschaft liegt ein abschließendes ärztliches Urteil leider nicht vor. Viele Erscheinungen, wie Blutarmut, Gewichtsabnahme, Schwangerschaftsunterbrechung und dergleichen mehr, können ebenso durch die fortgesetzte Unterernährung infolge unserer Lebensmittelnot hervorgerufen sein, wie durch Überarbeit oder eine für den weiblichen Körper zu schwere oder schlechtthin ungeeignete Tätigkeit. Daß eine gesunde Bevölkerungspolitik zuallererst bei einem gesunden Mutterchutz einzusetzen hat, war schon vor dem Kriege und ist heute mehr als je unsere Forderung.

Trotzdem die Frauen während der Kriegsjahre die von uns stets behauptete Gleichwertung mit dem Manne glänzend erwiesen haben, fehlt es nicht an Stimmen, die in den arbeitenden Mädchen und Frauen nur die „Platzhalter“ der Männer sehen und keineswegs aus den treu erfüllten Pflichten auch die Anerkennung wirtschaftlicher und politischer Gleichberechtigung herleiten. Könt es von der einen Seite der Frau ins Ohr: „Zurück ins Haus“, so von der anderen: „Freie Bahn allen Tüchtigen“, womit doch zweifellos auch die tüchtige Frau gemeint ist. An den Frauen allein liegt es, ob sie sich nach dem Kriege wieder in ihr Nichts zurückstoßen lassen wollen, oder ob sie sich behaupten werden. Daß sie auf ihre Menschen- und Bürgerrechte nicht länger verzichten wollen, müssen die Frauen schon bei den kommenden Friedensverhandlungen beweisen, an denen sie mitwirken müssen im Sinne des internationalen Sozialismus. Unter ihren Geschlechtsgenossinnen müssen sie Anhängerinnen werben, daß der Gedanke des Friedens sich ihnen allen umsehe in unermüdliche Propaganda für die baldige Rückkehr zu friedlicher Arbeit. Nicht länger dürfen die Frauen sich als Objekt behandeln lassen, über deren Schicksal allein von Männern bestimmt wird. Selbst Gesetze bilden helfen, gemeinsam mit dem Mann, das ist die nächste Aufgabe der Frau. Die Rednerin schloß ihre Ausführungen mit den Worten der Dichterin Kalkowska:

„Wir waren Ohr, nun werden wir zum Mund.
Wir waren Aug', nun werden wir zur Hand.
Wir wollen es mit Hand und Mund verhindern,
Daß solche Blutzzeit unsern Kindeskindern —
Noch einmal wird!“

Diskussion fand leider nirgends statt, doch konnten im Kreise Mörz zahlreiche Aufnahmen gemacht werden. M. W.

Eine Kundgebung der Hamburger Genossinnen für die grundsätzliche Faltung der „Gleichheit“ und gegen die Maßregelung der Genossin Zieg. Nach der „Leipziger Volkszeitung“ fand am 20. Februar im Gewerkschaftshaus in Hamburg eine Frauenversammlung für die drei Hamburger Wahlkreise statt, die von etwa 400 Personen besucht war, darunter gegen 50 Genossen. Gegen eine geringfügige Minderheit gelangte die nachstehende Resolution zur Annahme: „Die Frauenversammlung der drei Hamburger Wahlkreise begrüßt das entschlossene Eintreten der Genossinnen Zieg und Zetkin für den internationalen Sozialismus, sie verurteilt den an der Genossin Zieg begangenen Gewaltstreich des Parteivorstandes. Die Versammlung hebt ferner ihr Einverständnis mit der „Gleichheit“ hervor und erwartet, daß sie den Frauen unter der Leitung der Genossin Zetkin erhalten bleibt.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet weiter: „Die Resolution wurde unter stürmischem Beifall angenommen, obwohl sich die Genossin Reize und ein Genosse rednerisch eifervoll bemühten, ihre Ablehnung zu erzielen. In der Versammlung wollte die Genossin Zieg über: Ursachen und Folgen der Zunahme weiblicher Erwerbsarbeit während des Krieges“ sprechen. Die Versammlung war schon vor einigen Wochen und dann wiederholt unter Angabe der Referentin bekanntgegeben. Erst ganz kurz vor der Tagung ergab sich zur allgemeinen, auch der Genossin Zieg Überraschung, daß sie aus wichtigen Gründen nicht sprechen konnte. An ihrer Stelle hielt die Genossin Baumann über das angesetzte Thema ein beifällig aufgenommenes Referat.“ Wie uns aus Hamburg geschrieben wird, hatte Genosse Stubbe sich vergeblich bemüht, eine Aufhebung des behördlichen Redeverbots für Genossin Zieg zu erreichen.

Protest gegen den letzten Gewaltakt des Parteivorstandes. In einer sehr stark besuchten Konferenz der weiblichen Funktionäre Groß-Berlins referierte die Genossin Nemitz über das brutale, rechtswidrige Vorgehen des Parteivorstandes gegen Genossin Wengels und Genossin Zieg. Nach einer lebhaften Diskussion, in der der unerhörte Gewaltstreich gleichfalls auf das schärfste gebrandmarkt wurde, nahm die Konferenz einstimmig die folgende Entschließung an:

„Die am 25. Februar 1917 tagende Frauenkonferenz von Groß-Berlin betrachtet den Ausschluß der Vertreterin der Frauen, der Genossin Zieg, aus dem Parteivorstand als ein Glied in der Kette der brutalen Gewaltpolitik des Parteivorstandes, der bestrebt ist, sich aller der Genossen zu entledigen, die ihm in der Durchführung seiner der Arbeiterklasse vererblichen Politik im Wege stehen.“

Die Konferenz spricht aus, daß die proletarische Frauenbewegung nur gedeihen kann durch energische Betonung der Massenkampfordorderungen des Proletariats, wie sie von der Genossin Zieg vertreten worden sind und vertreten werden in Übereinstimmung mit den Grundforderungen der sozialistischen Bewegung überhaupt.

Daß der Ausschluß unserer Vertreterin nur erfolgen konnte unter Bruch jedes Parteirechts, bedarf keiner besonderen Betonung einer Körperschaft gegenüber, die längst nicht nur den Rechtsboden verlassen hat, sondern auch seit Jahr und Tag die sozialistischen Grundsätze fortgesetzt mit Füßen tritt.

Die auf der Konferenz versammelten Genossinnen sprechen der Genossin Zieg ihr volles Vertrauen aus und werden mit ihr, unbekümmert um alle Gewaltstreiche und Schädigung der proletarischen Frauenbewegung durch die Parteivorstandspolitik, unentwegt weiter im Sinne sozialistischer Aufklärung unter den proletarischen Frauen wirken; sie halten deshalb auch die tatkräftige Verbreitung der auf dem Boden ihrer Auffassung stehenden „Gleichheit“ für ein sehr geeignetes Mittel, sozialistische Aufklärung unter den Frauen zu verbreiten und die Frauenbewegung zu stärken.“

Groß-Berlin hat beschlossen, für die weiblichen Mitglieder die „Gleichheit“ obligatorisch einzuführen. L. Z.

Eine Vertrauenskundgebung des Zentralvorstandes des Schweizerischen Arbeiterverbandes für die „Gleichheit“ bringt Nr. 2 der „Vorläuferin“ an leitender Stelle unter dem Titel: Für die Gleichheit und für den Sozialismus. Der Kampf um die „Gleichheit“ wird darin im Hinblick auf die Aufgabe, die Bedeutung des Blattes als Organ der sozialistischen Fraueninternationalen gewürdigt. „Was wird der „Gleichheit“, . . . die nicht nur der deutschen Arbeiterinnenbewegung, sondern den Sozialistinnen aller Länder stets . . . als zielbewusster, unbeugbarer Führer im Kampfe für die Gleichberechtigung aller menschlichen Wesen gebietet, vorgeworfen?“, so fragt die Kundgebung. Und sie antwortet: „Es wird ihr — wollen wir die Sache bei ihrem richtigen Namen nennen — vorgeworfen, daß sie, unbeirrt durch die Weltkatastrophe, welche der imperialistische Krieg heraufbeschworen, unbeeinflusst von

nationalistischen Strömungen, die auch die proletarischen Massen und ihre politischen Organe dem Klassenkampf entfremden, uneingeschüchtert von den Verleumdungen und Verfolgungen, dem internationalen Sozialismus treu geblieben, das heißt auch während des völkervernichtenden, seelenvergiftenden Krieges diejenigen Grundsätze vertritt, für deren Verbreitung unter dem weiblichen Proletariat die „Gleichheit“ vor 27 Jahren ins Leben gerufen wurde. Der Kampf gegen die „Gleichheit“ dauert aber länger als der Krieg; schon vor August 1914 haben die Oppositionellen von rechts innerhalb der deutschen Sozialdemokratie die unbeugsame Haltung der „Gleichheit“ bekämpft. . . . Ihr verdanken nicht nur wir sozialistischen Frauen der verschiedenen Länder, sondern die Proletarier und Sozialisten aller Länder unendlich viel. . . .“ Es folgt dann eine Kennzeichnung der Haltung von Genossin Zetkin als Internationale Sekretärin während des Krieges, eine Haltung, die natürlich von bestimmendem Einfluß auf die „Gleichheit“ sein mußte. Die Sympathieerklärung sagt zum Schluß: „Die sozialistische Fraueninternationale weiß, wem sie ihre Fahne anvertraut hat.“

Gewerkschaftliche Rundschau.

Während des Krieges ist der gesetzliche Arbeiterinnenschutz zum großen Teil durch die Aufhebung der Gewerbeordnungs-vorschriften ausgeschaltet worden. Sein Fehlen macht sich mit der Zeit immer mehr fühlbar. Im Kriegsamte soll jetzt durch die Einrichtung einer Frauenarbeitszentrale auch den Erscheinungen entgegengewirkt werden, die in der Folge auftreten. Diese Zentrale soll nicht nur ihr Augenmerk darauf richten, die Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit der Frauen bis zur höchsten Leistungsergiebigkeit zu steigern und die Arbeitshemmnisse nach Möglichkeit zu beseitigen, sondern sie soll ihre Fürsorge auch dem gesundheitlichen Schutz der Arbeiterinnen zuwenden. Durch Bereitstellung geeigneter Erholungsräume, Wohn- und Schlafgelegenheiten, Beschaffung angemessener Berufskleidung, Verbesserung der Nahrungsmittelbeschaffung usw. will man den Frauen die Erwerbstätigkeit erleichtern. Hand in Hand damit soll die Fürsorge für das Wohl der Familienangehörigen erwerbstätiger Frauen gehen. Ihr sollen dienen: Kinderbewahranstalten, Kindergärten, Stillstuben, Mütter-, Säuglings- und Kleinkinderberatungsstellen.

Diese weitgesteckten Ziele stehen mit der jetzigen Praxis allerdings in schreiendem Widerspruch. Den Unternehmern, die irgendwelche Maßnahmen der Kriegsfürsorge getroffen haben, werden solche humanitären Einrichtungen schon jetzt zu kostspielig. Der Krieg hat längeren Atem als ihre Philanthropie. Viele von ihnen, die den Familienangehörigen der zum Heeresdienst Eingezogenen Unterstützung gewähren, gehen jetzt daran, sich der übernommenen Pflicht zu entledigen. Soweit für Arbeiten in ihrem Betrieb die Frauen ihrer Angestellten und Arbeiter sich nicht freiwillig zur Verfügung stellen, versuchen sie jetzt, diese durch Aufforderung zum Eintritt zu bewegen. So hatte die Berliner Große Straßenbahngesellschaft die Frauen ihrer Eingezogenen aufgefordert, in ihren Dienst zu treten. Sie war der Meinung, daß viele Kriegerfrauen wohl arbeitsfähig, aber nicht arbeitswillig seien, weil sie außer der Kriegshilfe noch einige Unterstützung von der Straßenbahngesellschaft erhalten. Die Absicht der Direktion, in ihre Betriebe Frauen in großer Anzahl einzustellen, hatte aber sehr geringen Erfolg. Es ergab sich bald, daß nur ein sehr geringer Teil der Frauen körperlich imstande war, Dienste im Verkehrswesen zu verrichten. Sehr viele Frauen konnten auch aus Rücksicht auf die Kinder keine Erwerbstätigkeit außer dem Hause übernehmen. Rücksichtslos ging eine andere Gesellschaft gegen die Kriegerfrauen vor: die Stettiner Portlandzementfabrik in Jülichau. Sie richtete an die Frauen der zum Heere eingezogenen Arbeiter ihres Betriebs ein Anschreiben, in dem sie kundtat, daß man dort acht Frauen brauche, die den ganzen Tag Steine abtragen, oder 16 Frauen, die täglich einen halben Tag dieser Beschäftigung nachgehen würden. Die Firma erklärte, nach einer Besprechung mit dem Arbeiterausschuß seien die betreffenden Frauen wohl in der Lage, die verlangte Arbeit zu leisten. Sollten sie sich dazu nicht melden, so würde die Kriegsunterstützung durch die Fabrik aufhören. Die Frauen unterstehen zwar nicht dem Hilfsdienstgesetz, aber auf solche und ähnliche Art wird versucht, sie zur Arbeit in bestimmten Unternehmungen unter schwereren Bedingungen zu zwingen, als selbst das Hilfsdienstgesetz sie für die Arbeiter vorsieht.

Auf die Innehaltung der Unfallverhütungsvorschriften muß angesichts des starken Eindringens der Frauen in die Industrie besonderer Wert gelegt werden. Das Arbeiterinnensekretariat der freien Gewerkschaften hat in richtiger Erkenntnis dieser Notwendigkeit an das Kriegsamte eine Eingabe gerichtet, die

Verstärkung des Arbeiterinnenschutzes in den Betrieben fordert, die für den Heeresbedarf arbeiten. In der Eingabe wird verlangt, daß überwacht werden soll: die Art und Dauer der täglichen Beschäftigung, die Ernährung der Arbeiterinnen, sowie die Unterbringung und Versorgung der Kinder. Die Überwachung soll durch sozial geschulte weibliche Personen geschehen, die das Kriegsamte ernannt. Die Kosten dieser Betriebsaufsicht sollen die Unternehmer tragen. Die zu ernennenden Aufsichtspersonen sollen eine Zwischenstellung zwischen Gewerbeaufsicht und Fabrikpflege einnehmen. Ihre Tätigkeit soll sich im Rahmen der Aufgaben der Gewerbeaufsichtsbeamten halten. In jedem Orte mit Betrieben, die für Heeresbedarf arbeiten, soll mindestens eine Aufsichtsperson amtierend. Den Beamtinnen soll das Recht zustehen, mit den auf Grund des Hilfsdienstgesetzes eingesetzten Arbeiter- und Angestelltenausschüssen in Verbindung zu treten, um deren Vorschläge entgegenzunehmen und auch ihrerseits Vorschläge für Verbesserung von Betriebseinrichtungen zu machen. Nach Möglichkeit sollen für das neue Amt Arbeiterinnen ernannt werden. — Die Buchdruckerberufsgenossenschaft hat an die Unternehmer die Aufforderung erlassen, im Hinblick auf die in Buchdruckereien jetzt zugelassene Frauenarbeit auf strikte Innehaltung der Unfallverhütungsvorschriften zu achten.

In der Herren- und Knabenkonfektion ist es zwischen den Arbeiterverbänden und dem Unternehmerverband nach längeren Tarifverhandlungen zu einer Verständigung gekommen. Danach wird vom 1. April an eine Zulage von 35 Prozent gewährt. Solange die Streckungsverordnung vom April 1916 besteht, beträgt die Lohnerhöhung 25 Prozent, dazu kommt der Streckungszuschlag mit 10 Prozent. Für Zwischenmeister stellt sich der Streckungszuschlag auf 7 Prozent, dazu kommen die 25 Prozent Lohnerhöhung. Fällt die Streckungsverordnung, so tritt die allgemeine Erhöhung von 35 Prozent auch für Zwischenmeister in Kraft. Die Vereinbarungen haben Gültigkeit bis ein Jahr nach Friedensschluß, für später besteht beiderseitige viermonatige Kündigung. Die Vereinbarungen gelten für sämtliche Orte und Bezirke der Engroskonfektion im ganzen Reich, auch für jene Orte, wo die Tarife nicht gekündigt sind. — In der Herrenmashschneiderei kam es nach zentralen Verhandlungen ebenfalls zu einer Einigung zwischen den Organisationen. Danach werden die Stücklöhne einschließlich des Streckungszuschlags um 25 Prozent erhöht. Bei Lohnarbeit werden während der Dauer der Streckungsverordnung die tariflichen Löhne ohne weiteren Zuschlag gezahlt. Mit dem Wegfall der Streckungsverordnung tritt eine Erhöhung von 25 Prozent ein. Bei Beschäftigung im Stundenlohn werden 25 Prozent Zuschlag gewährt. Alle während des Krieges in irgendeiner Form gewährten Zuschläge kommen mit Gewährung des 25 prozentigen Zuschlags in Wegfall. In Geschäften, die der Streckungsverordnung nicht unterliegen, tritt am 1. März ein Zuschlag von 25 Prozent auf die Zeitlöhne ein. Diese neue Vereinbarung tritt am 1. März 1917 in Kraft. Alle Arbeiten, die nach diesem Datum in Angriff genommen werden, sind nach den neuen Sätzen zu entlohnen, auf Arbeiten, die vor diesem Datum begonnen und nicht vollendet worden sind, erfolgt der Zuschlag nur für die Arbeit, die nach dem 1. März geleistet wird.

Im Holzgewerbe sind die immer renitenten Unternehmer Rheinland-Westfalens nun auch in den Tarifvertrag mit einbezogen worden. Während für die übrigen Bezirke im Reich der Tarifabschluß zustande kam, hatten sich die Unternehmer Rheinland-Westfalens geweigert, den Vereinbarungen beizutreten. Die Verhandlungen scheiterten. Auf Veranlassung des Kriegsamts in Berlin griff das Generalkommando in Münster ein, und es kam erneut zu Verhandlungen, die zu Vereinbarungen führten. Diese sind im wesentlichen die gleichen, wie sie für die anderen Bezirke geschaffen wurden. Die Vereinbarungen gelten bis 1. April 1918, danach soll über die Fortdauer der Veränderung der Teuerungszulagen und der Vertragslöhne von neuem verhandelt werden.

Der Reichstarif der Bäder ist noch immer nicht von allen Konsumvereinen eingeführt. Wie die Organisation der Bäder berichtet, gibt es noch 59 Vereine, die in ihren Bädereien den bereits 1914 mit dem Zentralverband der Konsumvereine abgeschlossenen Tarif im Jahre 1916 noch nicht anerkannten. Allerdings handelt es sich um kleine Genossenschaftsbädereien, die insgesamt 106 Personen beschäftigen. Die Verbandsleitung des Bäderverbandes betont, daß sie es bei den Verhandlungen in jedem einzelnen Fall nicht an Entgegenkommen fehlen ließ. Trotzdem sei es zu keiner Verständigung gekommen. Sie beklagt noch, daß die Zentralleitung der Genossenschaften nicht den ihr zustehenden Einfluß ausübe, um die Arbeiter zu einer anderen Stellungnahme zu bewegen.

Im Malergewerbe ist es zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisation zur Aufstellung von Richtlinien für die Verbesserung der beruflichen und sozialen Lage des Gewerbes gekommen. Die

Richtlinien zielen im wesentlichen auf dieses ab: Sicherung und Ausbildung eines körperlich und beruflich leistungsfähigen gewerblichen Nachwuchses; Hebung der fachlichen Leistungsfähigkeit der Lehrlinge und Gehilfen; Förderung gediegener Arbeit und größerer kunstgewerblicher Ansprüche an das Gewerbe; rechtzeitiges Wirken für die Beschaffung erforderlicher Rohstoffe durch Aufhebung von Beschlagnahmemaßnahmen und genügende Einfuhr; Förderung des Wiederauflebens der Geschäftstätigkeit und der Arbeitsgelegenheit nach Kriegsende; planmäßige Verteilung der vorliegenden Arbeiten auf alle Teile des Jahres; Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte und deren Verteilung auf die verschiedenen Teile des Reiches; Bekämpfung von Preisunterbietungen und gegenseitige Unterstützung der beteiligten Meister- und Gehilfenverbände, denen anzugehören Pflicht jedes Meisters und Gehilfen ist. #

Genossenschaftliche Rundschau.

Die Verwaltungen der Konsumvereine haben sich jetzt vielfach mit der Frage der Teuerungszulagen für Arbeiter und Angestellte zu beschäftigen. Die in Betracht kommenden Gewerkschaften hatten das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ersucht, dafür einzutreten, daß Teuerungszulagen von 25 Prozent der tarifmäßigen Gehälter und Löhne bewilligt würden. Daraufhin hat sich der Vorstand des Zentralverbandes mit der Angelegenheit beschäftigt und den einzelnen Unterverbänden empfohlen, sich mit den Gewerkschaften in ihrem Bezirk über allgemeine Normen zu verständigen, und zwar mit dem Bemerkten, solche Zulagen nur auf bestimmte Zeit festzulegen und sie besonders vom Standpunkt des sozialen Ausgleichs zu gewähren. Die letztere Weisung ist wichtig, widerspricht aber grundsätzlich einer Zulage nach einem gleichen Prozentsatz für alle Betroffenen. Gerade diese wichtige Weisung des Zentralverbandes scheint man jedoch nicht allenthalben beachtet, vielmehr die Grundsätze für die Zulage sehr „einfach“, aber wenig sozial gestaltet zu haben.

Für das Königreich Sachsen ist so zwischen dem (größten) Unterverband und den Gewerkschaften die Verständigung auf folgender Grundlage herbeigeführt: an Ledige sind 10, an Verheiratete 15, an Verheiratete mit mehr als zwei Kindern 20 Prozent der Gehälter oder des Lohnes an Teuerungszulage vom 1. Januar bis 30. Juni 1917, eventuell dann noch weiter, zu zahlen. Für Ledige, weibliche und jugendliche Angestellte soll die Zulage nicht unter 7,50 M. betragen. An diese Vorschläge sind die Vereine allerdings nicht gebunden. Man kann nur wünschen, daß sie die Sache anders — sozialer! — durchführen, als der Verband es vorschlägt. Zunächst vermißt man in den Vorschlägen eine genügende Differenzierung, sie bleiben in dieser Hinsicht sogar hinter dem zurück, was die Kriegsfamilienunterstützung leistet. Nicht ganz so bequem, aber sozialer und gerechter ist es doch zweifellos, wenn für jedes Kind bis zu einem gewissen Alter die Zulage besonders bemessen wird. Die Unterscheidung in Familien, die ein Kind und zwei Kinder haben, und solche mit über zwei Kindern muß zu den größten Härten führen. Eine Familie mit zehn Köpfen erhält dann nicht mehr Zulage als eine mit fünf! Bei den unteren Gehältern und Löhnen muß das besonders ungerecht und fühlbar wirken. Und da kommen wir auf die andere noch wichtigere Seite der Sache: bei dem in Betracht kommenden Vorschlag bleibt die Lohn- beziehungsweise Gehaltshöhe ganz unberücksichtigt. Es erhält eben jeder 10, 15 oder 20 Prozent Zuschlag, das heißt — um es an einem Beispiel zu zeigen —, der Geschäftsführer mit 4000 M. Gehalt bekommt etwa pro Jahr 800, der Lagerarbeiter mit 1800 M. Lohn aber nur 360 M. Teuerungszulage. Das falsche Prinzip führt also dazu, daß derjenige die geringste Zulage erhält, der Aufbesserung am dringendsten braucht. Je mehr Gehalt oder Lohn, je mehr Zulage! Es ist unbegreiflich, wie man zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften derartige Vereinbarungen treffen kann. Was unsere Vertreter in den Gemeinden und Staatsparlamenten mit Nachdruck forderten und der offensichtlichen Gerechtigkeit wegen erzielen, müßte doch in diesem Falle ganz selbstverständlich sein. Nämlich: die Teuerungszulagen sind bei den niedrigsten Löhnen und Gehältern am höchsten, sie fallen bei höheren Gehältern und hören an einer bestimmten Grenze ganz auf. Die Konsumvereine wollen ja nicht kapitalistische Unternehmungen sein, und ihre Mitglieder gehören zum größten Teil den ärmsten Kreisen an, die viel schlechter daran sind als die Angestellten der Genossenschaften. In ihnen müßte man sich sorgfältig vor so unsozialen Bestimmungen hüten. Der sächsische Staat kann in dieser Beziehung den Konsumvereinen einmal als Muster vorgehalten werden. Im Dresdener Konsumverein Vortwärts ist man erfreulicherweise dem Verbandsvorschlag nicht gefolgt, sondern hat die Teuerungszulagen wirklich sozial gestaltet.

Im vorigen Jahre hat sich für Ost- und Westpreußen eine neue Einkaufsvereinigung der Konsumvereine gebildet, deren es nun 50 gibt, die mit der Großeinkaufsgesellschaft in Geschäftsverbindung stehen. Die Warenumsätze auf den Einkaufstagen dieser Vereinigungen sind allerdings unter den Verhältnissen der Kriegswirtschaft stark zurückgegangen. Sie betrugen 1913 rund 58 Millionen Mark, sanken 1914 um 9 1/2 Millionen, und 1916 sind nur noch 20 Millionen Umsatz zu verzeichnen. Dabei müssen noch die seitdem so riesig gestiegenen Warenpreise berücksichtigt werden! Die Menge der auf diese Weise durch die Großeinkaufsgesellschaft vermittelten Waren ist demnach jetzt nur noch ein Bruchteil von dem, was früher geliefert werden konnte. Diese rückläufige Bewegung wird und muß anhalten, solange der Krieg noch dauert. Bald wird es ja überhaupt nichts mehr zu beschaffen geben.

Die Fachblätter berichten, beginnt sich auch in der bisher auf diesem Gebiet ganz rückständigen Türkei der Genossenschaftsgedanke zu regen. Schon vor drei Jahren hatte die osmanische Regierung eine Studienkommission nach Rumänien, Ungarn und Bulgarien geschickt, um die Genossenschaften in diesen Ländern genau kennen zu lernen. Auf Grund des Berichts der Kommission hat die Regierung ein Gesetz vorbereitet, das demnächst erlassen werden soll. Ohne es abzuwarten, hat aber das Treiben der Wucherer im Sandschal Aidine die dortigen Feigenproduzenten zu einer festen Genossenschaft zusammengeführt. Aidine in Kleinasien, jetzt meist Smyrna genannt, ist das Zentrum der Feigenproduktion und versorgt halb Europa mit den besseren Tafelfeigen, die man dort unten meist als Arznei benutzt. Selten gedeiht diese Frucht in anderen Gegenden in so reichen Mengen, in Aidine aber werden jährlich rund 66 Millionen Kilogramm gewonnen. Durch griechische und armenische Wucherer wird der größte Teil der Früchte nach England verkauft. Seit zwei Jahren funktioniert nun die Genossenschaft der Feigenproduzenten, die ihre erste Generalversammlung abgehalten hat. Dabei sagte ihr Präsident unter anderem: „Rund 80 vom Hundert der Feigenproduzenten sind mit großen Schulden belastet, obwohl die Produktion des Landes sehr reich und kostbar ist. Diese Zustände sind dadurch hervorgerufen, daß der Produzent nur einen kleinen Teil der Waren hereinbringt und der größte Teil von wucherischen Zwischenhändlern mit Beschlag belegt ist. Eine große Zahl von Produzenten wurde vollständig ihres Landbesitzes beraubt. Jetzt sind neue Verhältnisse eingetreten. Die Regierung wird ihre ganze Aufmerksamkeit auf das Bodenleben des Bauern, des Volkes und auf das Gedeihen der Nationalproduktion richten.“ Von der Regierung werden die ausgebeuteten türkischen Bauern jedenfalls nicht viel zu erhoffen haben. H. F.

Notizenteil.

Für den Frieden.

Die Friedensbestrebungen der organisierten englischen Genossinnen fanden auf der letzten Vierteljahrsversammlung für 1916 Ausdruck, die der Internationale Frauenrat der Sozialistischen und Arbeiterorganisationen für Großbritannien am vergangenen 15. Dezember in London abgehalten hat. Zur einstimmigen Annahme gelangte diese Resolution: „Der Rat fordert die alliierten Regierungen dringlichst auf, die Geneigtheit des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten, in Friedensverhandlungen einzutreten, zum Anlaß zu nehmen, sich im einzelnen und klar über ihre Kriegsziele zu erklären. Er spricht des weiteren mit größter Eindringlichkeit seine Hoffnung aus, daß Verhandlungen die Folge sein möchten, die zu einem dauernden und ehrenvollen Frieden führen.“ Die Entschliebung wurde laut Beschluß den Mitgliedern der britischen Regierung und der Presse zugesandt. Höchstwahrscheinlich ist es diese Resolution, die von der Konferenz der Liga für die Frauen der Arbeiterklasse angenommen worden ist, mit der wir uns in letzter Nummer beschäftigt haben. Die Liga ist nämlich im Internationalen Frauenrat vertreten, der eine Körperschaft mit der Aufgabe ist, die organisierten Sozialistinnen und Arbeiterinnen in enger, regelmäßiger Fühlung mit der proletarischen Frauenbewegung aller Länder zu halten. Nach dem letzten Bericht des Rats kurz vor Kriegsausbruch hatten in ihm eine Vertretung: die Liga für die Frauen der Arbeiterklasse, die Unabhängige Arbeiterpartei, der Frauenrat der Britischen Sozialistischen Partei, die Gesellschaft der Fabier, die Liga der Frauengewerkschaften, die Vereinigung der Genossenschaftsangestellten, der Gewerbeverein der Arbeiterschaft in der Jute- und Flachsspinnerei für Dundee und Umgebung, die Gewerkschaft der Dienstmädchen und häuslichen Arbeiterinnen für Großbritannien. Man sieht, daß der Internationale Frauenrat moralisch und formell das

Recht hat, im Namen der organisierten Sozialistinnen und Arbeiterinnen zu sprechen, und daß seiner Stellungnahme Bedeutung zukommt.

Wie die mitgeteilte Resolution, so zeigten auch die folgenden Verhandlungen der Versammlung, daß der Frauenrat bestrebt ist, den proletarischen Frauen Großbritanniens die internationale Solidarität der Arbeiterklasse aller Länder zum Bewußtsein zu bringen und sie dem internationalen Sozialismus zuzuführen. Im Anschluß an einen Vortrag der Genossin Sanger wurde die Frage erörtert, ob bei Festsetzung der Friedensbedingungen auch Probleme des industriellen Lebens in Erwägung gezogen beziehungsweise geregelt werden sollten, wie Arbeiterschutzgesetze, Beschäftigung ausländischer Arbeiter usw. Genossin Sanger kam zu dem Schluß, daß es verhängnisvoll sein würde, die Entscheidung über solche Fragen den tagenden Diplomaten anzuvertrauen, denen es an der nötigen Sachkenntnis, aber auch an Interesse fehle. Dagegen könnten die Regierungen der einzelnen Staaten verpflichtet werden, sich auf einer folgenden internationalen Konferenz für Arbeiterfragen vertreten zu lassen.

Ein Verzweiflungsschrei kriegsmüder Mütter in England. In einer englischen kriegsfeindlichen Zeitung veröffentlichten zahlreiche Mütter einen Ruf nach Frieden an die Regierenden. Das naive Vertrauen der Unglücklichen, ihre Bitten und Versprechen rücken ihre tragische Lage, ihre Verzweiflung in helles Licht. „Wir unglücklichen Mütter von Söhnen in kriegsführenden Ländern wenden uns an Sie, Regierende der kriegsführenden Nationen, um Sie anzusprechen, den Greueln des Krieges ein Ende zu machen. Seit 29 grauenhaften Monaten geht das gegenseitige Niedermetzeln unserer Söhne ununterbrochen vor sich, Tag für Tag. Flüsse ihres Blutes haben wieder und wieder die Erde getränkt. Die entseelten Berge der entseelten Leiber unserer Söhne, die einander töten, werden höher und höher. Im Namen Gottes, unseres Vaters, des Vaters der Kinder aller kriegsführenden Nationen, im Namen alles dessen, was heilig ist, flehen wir Sie an, dem gegenseitigen Töten und Qualen unserer Söhne ein Ende zu machen. Wir Mütter, die die Quelle des Lebens sind, wir flehen Sie an, dem Brudermord ein Ende zu machen.“

Wir haben unsere Kinder unter Leiden geboren, damit sie glücklich sein sollen. Wir haben sie unter unserem liebenden Herzen getragen und geboren, damit sie in Liebe leben könnten. Und seit 29 Monaten werden im christlichen Europa die Herzen von Millionen von Müttern gefoltert durch den Todeskampf und das Sterben ihrer Söhne, die von den Händen derjenigen fallen, die ebenso unglückliche Söhne von ebenso unglücklichen Müttern sind wie sie selbst. Ihre blutigen Schatten verfolgen uns Tag und Nacht. Unsere Herzen bluten mit den Herzen unserer Kinder auf den Schlachtfeldern. Unsere Seelen, unsere Leiber werden gemartert mit den Seelen und Leibern unserer Kinder auf den Schlachtfeldern. Große geistige Schätze schlummern in ihnen, sie sind für uns und für alle auf immer verloren. Da unsere unglücklichen Söhne töten und getötet werden, wäre es besser, sie wären nie geboren. Aber wenn es schon unmöglich ist, die bereits Getöteten ins Leben zurückzurufen, so wenden wir uns doch an Sie im Namen derjenigen Mütter, deren Söhne noch nicht vernichtet worden sind, damit sie dem Leben erhalten bleiben. Wir wenden uns an Sie im Namen der Mütter, die dazu verurteilt sein könnten, die entseelten entseelten Leiber ihrer Söhne beweinen zu müssen, wie wir es tun.

Wir alle müssen sterben. Wenn unsere Söhne eines jähen Todes starben, weil sie das Leben ihrer Brüder zu retten suchten im Kampfe gegen blinde Naturgewalten; wenn sie eines heldenhaften Todes starben, ohne irgend jemand ein Übel zugefügt zu haben, so würden wir an ihren Gräbern niederhinken, und gebeugt vom Schmerz würden wir Gott danken, daß er ihnen so viel Liebe und Mut eingegeben hatte. Aber es gibt keinen schrecklicheren Tod als den Tod zu einer Zeit, wo alle vom Wahn davongerissen werden, daß in Masse getötet werden muß.

Man behauptet, es sei notwendig, weiter zu töten, um einen dauernden Frieden zu sichern, und daß außer den Millionen, die bereits zugrunde gegangen sind, noch andere Millionen geopfert werden müssen, um den Feind zu bezwingen. Wir glauben aber nicht, daß dauernder Friede entstehen kann, wenn das Menschenmorden weitergeht. Das wird nur zu neuer Verzweiflung, zu neuem Haß führen. Wir sind der Meinung, daß ein sofortiger Friede einen ersten Schritt zum dauernden Frieden bedeuten würde.

Wir flehen Sie an, ein Ende zu machen den unsäglichen menschlichen Leiden. Wir Mütter der kriegsführenden Nationen, wir schwören vor Gott, daß wir unsere ganze Kraft der Herbeiführung eines dauernden Friedens widmen werden. Wir Millionen von Müttern, die schwach sind, aber so stark in der Liebe zu unseren Kindern, wir versprechen, mit aller unserer Kraft für den dauernden Frieden

und die Brüderlichkeit der Menschheit zu kämpfen. Wir versprechen, aus unseren Söhnen Streiter für den dauernden Frieden zu machen. Herrscher der Nationen, in deren Macht es liegt, den Greueln des Krieges ein Ende zu bereiten, wir flehen Sie an, hören Sie unsere Stimme, die Stimme von Millionen unglücklicher Mütter. Im Namen Gottes, im Namen der großen Mutterliebe, im Namen Ihrer eigenen Mütter, die Ihnen unter Qualen das Leben geschenkt haben, flehen wir Sie an, den Qualen unserer Kinder ein Ende zu machen. Der gesegnetste Tag Ihres Lebens wird derjenige sein, an dem Sie das tun werden.“ a. h.

Frauenarbeit.

Der Ausbau der Arbeitsnachweise zugunsten der weiblichen Erwerbstätigen. Die Arbeitsvermittlung für weibliche Erwerbstätige hat während des Krieges eine ungeahnte Bedeutung gewonnen. Aus verschiedenen Gründen sind zahlreiche Frauen und Mädchen gezwungen, sich eine Beschäftigung zu suchen, und so kommen sie auch mit den gemeinnützigen Arbeitsnachweisen in Berührung. Im Oktober 1916 wurden diese Arbeitsnachweise zum Beispiel von 190 930 männlichen und von 201 529 weiblichen Arbeitssuchenden aufgesucht. Die umfangreichere Inanspruchnahme der Arbeitsnachweise durch Frauen und Mädchen wird voraussichtlich längere Zeit anhalten. Nach Beendigung des Krieges wird den Arbeitsnachweisen vor allem noch die Aufgabe zufallen, Beschäftigung solchen weiblichen Arbeitskräften zu vermitteln, die ihre seitherigen Arbeitsstellen verlieren, weil Männer wieder in diese eintreten.

Die inneren Einrichtungen der öffentlichen Arbeitsnachweise entsprechen nicht den veränderten Verhältnissen. Schon auch deshalb nicht, weil sie bisher fast ausnahmslos von Männern verwaltet werden. Aus diesen Erwägungen heraus hat der Verband Märktischer Arbeitsnachweise unter Führung des Landesrats Dr. Freund beschlossen, die Ausbildung besonderer Beamtinnen in die Hand zu nehmen, die berufen sind, die Arbeitsnachweise zu leiten. Der Andrang zu dem ersten Ausbildungskursus war aus allen Teilen des Reiches so groß, daß zahlreiche Bewerberinnen einstweilen zurückgewiesen werden mußten. Ein zweiter derartiger Ausbildungskursus ist in Aussicht genommen. Die Kurse finden im Saale der Landesversicherungsanstalt Berlin statt. Eine Folge der Ausbildung von Arbeitsnachweisbeamtinnen ist, daß neuerdings hier und da schon weibliche Kräfte tätig sind.

Eine weitere zu erhebende Forderung ist die, daß bei den Arbeitsnachweisen besondere Abteilungen für weibliche Erwerbstätige gebildet werden, und innerhalb dieser wieder Fachabteilungen für einzelne Berufszweige. Dieses Verlangen wird unter anderem erhoben in einer Eingabe der großen Gesamtverbände der Gewerkschaften an die gesetzgebenden Stellen. Diese Eingabe fordert auch, daß ein gemeindlicher Arbeitsnachweis zumindest in den Orten mit über 10 000 Einwohnern eingerichtet wird. Die Errichtung besonderer Frauenabteilungen der Arbeitsnachweise ist neuerdings ebenfalls vielfach durchgeführt worden. Dagegen fehlt es fast noch gänzlich an Fachabteilungen für die wichtigsten Frauenberufe.

Bei jedem Arbeitsnachweis sollte insbesondere eine Abteilung für die Hausangestellten eingerichtet werden, die leider noch immer zum großen Teil an der Gewohnheit festhalten, die privaten gewerbsmäßigen Stellenvermittler in Anspruch zu nehmen. Unter Hinweis auf die Nachteile ist wieder und wieder die Beseitigung der geschäftsmäßigen Stellenvermittlung gefordert worden. Das Stellenvermittlungsgesetz vom 2. Juni 1910 hat mit den Mißständen nicht so ausgeräumt, wie es beabsichtigt war. Der gewerbsmäßige Stellenvermittler findet in dem Gesetz immer wieder Maschen, die ihm ein Durchschlüpfen ermöglichen. Die alte Methode der privaten Stellenvermittlung wird jetzt mit doppelter Härte praktiziert. Die meiste Aussicht, eine Beschäftigung zu erhalten, hat diejenige Stellenlose, die dem Stellenvermittler das meiste Geld opfert. Und der so vermittelte Platz ist meist miserabel. Nach der amtlichen Statistik von 1913 gab es im Deutschen Reich noch rund 3500 gewerbsmäßige Arbeitsnachweise, meist Frauen, die rund 400 000 Stellen vermittelten. In einigen Bundesstaaten, wie im Königreich Sachsen, hat sogar die Inanspruchnahme der gewerbsmäßigen Stellenvermittler zugenommen. In Braunschweig, Bremen, Oldenburg usw. wurden von den privaten gewerbsmäßigen Stellenvermittlern mehr Arbeitsplätze vermittelt als von den unentgeltlichen öffentlichen Arbeitsnachweisen. Wiederholt ist eine Verschärfung des Stellenvermittlergesetzes verlangt worden (vergl. „Soziale Praxis“, 1914, S. 69). Hand in Hand mit den diesbezüglichen Forderungen muß die Beseitigung der Mißstände

durch die Verbesserung der öffentlichen Stellenvermittlung erstrebt werden.

Die Leitung der öffentlichen Arbeitsnachweise im allgemeinen und die der bei ihnen bestehenden Fachabteilungen im besonderen erfolgt in der Regel durch Ausschüsse oder Kommissionen, die aus gleichviel Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter zusammengesetzt sind. Meist werden die Mitglieder von den beteiligten Unternehmerverbänden und Gewerkschaften oder Gewerbegerichtsbeisitzern usw. gewählt. Es ist selbstverständlich möglich, Frauen, Arbeiterinnen in die Ausschüsse zu wählen. Es ist geradezu unerlässlich, daß Frauen, Arbeiterinnen in die Leitungen der Fachabteilungen für Frauen gewählt werden, die meist besonderen Ausschüssen unterstehen. Für die Fachabteilungen der Hausangestellten eignen sich besonders Frauen, die früher selbst im Dienst gewesen sind. Die Frauen können in diesen Körperschaften sehr ersprießliche Arbeit leisten.

Die Durchführung der aufgezeigten Maßnahmen liegt in der Hauptsache in den Händen der Gemeindevertretungen, die vor allem das für den Arbeitsnachweis oder das Arbeitsamt aufzustellende „Regulativ“ oder Statut zu beschließen haben. Auch dieser Umstand beweist, wie nötig es ist, daß zu Gemeindevertretern Leute gewählt werden, die Verständnis für die Forderungen der erwerbstätigen Frauen haben.

F. Kl.

Soziale Gesetzgebung.

Wöchnerinnen-, Arbeiterinnen- und Säuglingsschutz in Österreich. Nach zweieinhalb Jahren Krieg hat sich die österreichische Regierung entschlossen, einer langjährigen Forderung zum Schutze der arbeitenden Frauen und ihrer Kinder Rechnung zu tragen. Am 3. Januar ist eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz erschienen, die den Wöchnerinnenschutz von vier auf sechs Wochen ausdehnt. Gleichzeitig wurde der § 94 der Gewerbeordnung abgeändert, so daß sich nun das Verbot, nach der Niederkunft gewerbliche Arbeit zu verrichten, auf sechs Wochen erstreckt. Außerdem bekommen Arbeiterinnen, die ihre Kinder selbst stillen, eine Stillprämie im Betrag des halben Krankengeldes auf die Dauer von zwölf Wochen. Diese Bestimmungen sind obligatorisch. Nicht obligatorisch, sondern dem freiwilligen Ermessen der Krankenkassen überlassen, ist die Einführung eines Schwangerschutzes vier Wochen vor der Niederkunft und die Ausdehnung der Stillprämien auf 24 Wochen. Objektiv muß man feststellen, daß diese Bestimmungen zum Teil Forderungen verwirklichen, die von Arbeiterinnenkonferenzen seit Jahren erhoben worden sind, und zu denen auch das Arbeitsverbot für das letzte Stadium der Schwangerschaft gehört. Es handelt sich aber dabei um Mindestforderungen, deren Erfüllung nur einen ersten Schritt in der Richtung zum Ziele bedeutet. Der Kampf um den Mutter- und Kinderschutz ist damit nicht beendet. Außer den bereits angeführten Leistungen ermöglicht die Novelle den Krankenkassen die Einführung der Familienversicherungen, sowie die Beistellung von Hauspflegerinnen. Beide Neuerungen sind aber ebenfalls nicht obligatorisch. Es ist daher damit zu rechnen, daß nur die großen, leistungsfähigen, von den sozialdemokratischen Arbeitern beeinflussten Kassen sich die Durchführung angelegen sein lassen werden. Es wird auch hierbei der ganzen Energie der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen bedürfen, damit auch die nicht obligatorischen Leistungen zur Durchführung gelangen.

Die Novelle hat jedoch auch absolut schlechte Seiten. Bisher haben die von den sozialdemokratischen Arbeitern geleiteten Krankenkassen das Krankengeld vom ersten Tage der Erkrankung an gezahlt. Nur jene Kassen, die sich dem Einfluß der modernen Arbeiterbewegung ferngehalten haben, zahlen das Krankengeld erst, wenn die Krankheit länger als drei Tage dauert. Die Novelle enthält nun die Bestimmung, daß das Krankengeld künftig erst nach den ersten zwei Krankheitstagen zu gewähren ist. Das bedeutet eine schwere Schädigung aller, die bisher vom ersten Tage der Erkrankung an das Krankengeld bekommen haben. Die Vertreterinnen der Arbeiterinnen haben bei einer Diskussion über die Novelle mit Recht darauf hingewiesen, daß durch die neue Bestimmung besonders die Frauen hart getroffen werden. Viele kleine Krankheiten werden nicht abgewartet und kuriert, wenn kein Krankengeld gewährt wird, der Lohn aber verloren geht. Mit ganzer Kraft wenden sich die Genossinnen und Genossen auch gegen die von der Novelle festgesetzte Karenzfrist für Wöchnerinnen. Erst wenn eine Arbeiterin ein Jahr, seit ihrer letzten Entbindung mindestens sechs Monate in einem versicherungspflichtigen Betrieb gearbeitet hat, soll sie zum Bezug der Wöchnerinnenunterstützung berechtigt sein. Damit will

man die „Einschleicherinnen“ treffen, das heißt Frauen, die nur zum Scheine, aus Gefälligkeit, von einem Unternehmer als Arbeiterinnen eingetragen würden, damit sie von der Krankenkasse das Wöchnerinnengeld erhielten. Es mag sein, daß so etwas vorkommt, aber es wird gewiß selten genug der Fall sein, so daß es nicht die Regel bestimmen darf. Unsere Genossinnen wenden sich entschieden gegen die betreffende Bestimmung, weil sie nicht an die vielleicht vereinzelt vorkommenden „Einschleicherinnen“ denken, sondern an die vielen Frauen, die durch Notfälle verschiedenster Art in der Familie gezwungen werden, im schwangeren Zustand Lohnarbeit zu verrichten. Sie denken dabei auch an die Dienstmädchen, die, wenn ihre Schwangerschaft sichtbar wird, ihre Stelle verlieren und Arbeiterinnen werden, um nicht hungern zu müssen. Solange der Staat nicht für eine allgemeine Mutterschaftsversicherung sorgt, müssen die Krankenkassen die unvermeidlichen Lasten tragen. Dem Staat kommt es zu, die Kassen materiell zu kräftigen, daß sie der vorliegenden Aufgabe gerecht werden können, die er selbst noch nicht erfüllt. So entschieden die österreichischen Genossinnen und Genossen sich dagegen wenden, daß die Reform der Krankenversicherung mit rückständigen Bestimmungen verbunden wird, so anerkennen sie doch den Fortschritt, den der festgelegte Wöchnerinnen- und Säuglingsschutz bedeutet. Sind es doch ihre eigenen Forderungen, die damit eine teilweise Verwirklichung erfahren. Die modern gewordene Tendenz, „Bevölkerungspolitik“ zu treiben, hat die Regierung veranlaßt, den § 14 der Verfassung auch einmal zu einer nützlichen Sache anzuwenden. Wenn in Österreich erst wieder verfassungsmäßig regiert werden wird, so fällt unseren Genossen im Parlament die Aufgabe zu, dort, wo die Novelle zur Sanktionierung vorgelegt werden muß, die der Reform anhaftenden Nachteile mit der größten Entschiedenheit zu bekämpfen und Verbesserungen anzustreben.

a. p.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Der Schweizerische Frauentag findet am 11. März statt. Er wird dem Kampf für das volle Recht des weiblichen Geschlechts, für den Frieden, für durchgreifenden Schutz der arbeitenden Frauen dienen, ein Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Ausbeutungspolitik und für den Sozialismus sein. Bei dem Geist zielbewußter internationaler Solidarität, der unsere schweizerischen Schwestern beseelt, versteht es sich von selbst, daß ihr Frauentag ein ausgesprochen internationales Gepräge tragen wird. Das läßt schon die vorbereitende Nummer der „Kämpferin“ erkennen. Genossin Marie Hüni erklärt dort: „Den Korallen gleich, die Zweiglein an Zweiglein auf- und aneinander bauen, wirken im ewigen Flusse national die Kräfte zusammen zu einer großen internationalen Menschheitsentwicklung. ... Für uns, die sozialistischen Frauen, muß der Kampf gegen den Krieg in erster Linie ein Kampf sein gegen die chauvinistische Verhöhnung der Arbeiter. Ein Kampf, der dem Abel an die Wurzeln greift. Ein Kampf mit der Schule um die Herzen der Kinder. Ein nie aussehender Klassenkampf gegen den Urheber aller Übel: den Kapitalismus.“ Die sozialistischen Frauen aller Länder sind am 11. März in dem Bewußtsein mit ihren Schwestern in der Schweiz, daß der Frauentag der großen gemeinsamen Sache gilt.

Der Frauentag der österreichischen Genossinnen war ursprünglich auf den 25. März festgesetzt. Wie die „Arbeiterinnen-Zeitung“ mitteilt, mußte er infolge der einschneidenden Verkehrsbeschränkungen verschoben werden. Diese riesen die Besorgnis wach, den Genossinnen könne das Agitationsblatt „Der Frauentag“ nicht rechtzeitig genug für die Massenverbreitung aufgestellt werden. Dieser legen aber unsere Genossinnen mit Recht eine große Bedeutung bei. Der Aufschub bedeutet keine Abschwächung der Frauentagsveranstaltungen, sondern umgekehrt: ein besseres, weiterfassendes Rüsten dafür. Die österreichischen Genossinnen haben so gute Erfahrungen mit der werbenden Kraft des Frauentags gemacht, daß sie sich durch die großen Schwierigkeiten der Kriegszeit nicht davon abhalten lassen, ihre volle Energie und Begeisterung für ihn einzusetzen. Bis jetzt ist Österreich das einzige kriegsführende Land, dessen Genossinnen sich rühmen dürfen, auch im dritten Jahre des greuelvollen Völkerringens einen Frauentag zu begehen, der den gemeinsamen Forderungen der Sozialistinnen aller Länder, der internationalen Solidarität der Proletarierinnen Ausdruck verleiht. Die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands gehen in unserer Fraueninternationalen nicht mehr führend voran. Möchten sie wenigstens nachfolgen.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Alara Zeitlin (Jundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. S. W. Tieg Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.